

Falls dieser Text nicht richtig angezeigt wird, aktiviert die html-Ansicht des Mail-Programms oder klickt [hier](#) für die Online-Version.

# Rundbrief Christine Buchholz, MdB | Juli 2015

## Nein zum EU-Kürzungsdiktat: Griechenland-Reisebericht/ Nein zur Aufrüstung der Bundesregierung.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Freundinnen und Freunde,

das überwältigende Nein-Votum im griechischen Referendum ist ein wichtiges Signal gegen Kürzungspolitik europaweit. Die Solidarität mit Griechenland wird uns auch in der Sommerzeit immer wieder beschäftigen. Im Wochentakt liefert Ursula von der Leyen mit neuen Aufrüstungsinitiativen Anlass zur Auseinandersetzung mit der Neuausrichtung der Bundeswehr, in einer Zeit in der der Konflikt mit Russland und die Situation im Nahen und Mittleren Osten zunehmend eskaliert.

Eure/Ihre Christine Buchholz

### Griechenlandreisebericht: Es geht um die Würde – gestern, heute und morgen



Mehr als 60 Prozent der Griechinnen und Griechen haben trotz der Erpressungsversuche der EU mit „Nein“ zum Kürzungsdiktat beim Referendum gestimmt. Dies ist eine Niederlage für die neoliberale EU-Politik unter Führung von Merkel, Schäuble und Gabriel. Bereits in meinen Gesprächen in Griechenland konnte ich einen Eindruck von der entschlossenen Ablehnung der Sozialkürzungen gewinnen. In Berlin nahm ich an Solidaritätsaktionen für das NEIN zum Kürzungsdiktat teil. Der Kampf wird weitergehen. Aus Anlass der Gedenkfeierlichkeiten zum 71. Jahrestag des SS-Massakers in dem griechischen Dorf Distomo reiste ich vom 9.-11. Juni nach Athen und Distomo. Am 10. Juni nahm ich für die Fraktion DIE LINKE an dem sehr bewegenden Gedenken an die Toten teil. Der Syriza-Abgeordnete der Region, Giannis Stathas, hatte die Fraktion DIE LINKE eingeladen. Ich traf auch Überlebende des Massakers, hier Argyris Sfountouris.



In Athen informierte ich mich über die Auswirkungen der Krise und der Kürzungsdiktate und die Verhandlungen mit der EU und dem IWF. Ich traf mich mit der griechischen Hafenerbeitergewerkschaft, mit dem diplomatischen Berater von Alexis Tsipras, Evangelos Kalpadakis, dem Syriza-Abgeordneten Costas Lapavitsas und einem Gewerkschafter eines Athener Krankenhauses. Über den Prozess gegen die Anführer der Nazi-Partei „Goldene Morgenröte“ sprach ich mit einem vorgeschlagenen Zeugen des Prozesses. Hier findet Ihr Bilder und einen [Bericht](#) meiner Reise. Den gedruckten Bericht kann man in meinen Wahlkreisbüros bekommen. Am Mittwoch, den 8. Juli bin ich zum Thema Griechenland bei die linke.sds in Frankfurt zu Gast. Näheres dazu unten bei den Terminankündigungen.

---

#### **Von der Leyen heizt Rüstungswettlauf mit an**

5 Milliarden für ein neues Luftverteidigungssystem, 5 Milliarden für ein neues Mehrzweckkampfschiff, 500 Millionen für Aufklärungssatelliten: Dies sind nur einige neuen Aufrüstungsbeschlüsse der letzten Wochen. Es geht um die Befähigung der Bundeswehr, für weltweite Einsätze gerüstet zu sein und zugleich in der Konfrontation mit Russland eine führende Rolle einzunehmen. Dahinter steckt aber auch die Einflussnahme der Rüstungsindustrie, die hohe Profite wittert. Die [Geheimgespräche zwischen Verteidigungsindustrie und Ministerium](#) habe ich kritisiert.

Kaum im Amt, stimmt auch der neue Wehrbeauftragte [Hans-Peter Bartels](#) (SPD) in den Chor der Aufrüster mit ein.

---

#### **Jemen: Bundesregierung muss Zusammenarbeit mit saudischem Regime beenden**

Am 2. Juli beschäftigte sich der Bundestag mit der humanitären Katastrophe im Jemen. Laut UN-Angaben brauchen über 80 Prozent der Bevölkerung dringend Hilfe von außen. Grund sind die Bombardierungen einer von Saudi-Arabien geführten Luftkriegsallianz, die immer mehr Zivilisten das Leben kostet. Zugleich hat die saudische Marine eine Seeblockade gegen den Jemen verhängt. Die Bundesregierung schweigt zu diesen Verbrechen – und schickt mitten in dem Krieg auch noch Patrouillenboote. [Mehr](#)

---

## Mali: UN-Militärmission schafft keinen Frieden

Gegen die Stimmen der Linken hat der Bundestag im Juni die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Militärmission in Mali beschlossen. Dabei handelt es sich um einen der gefährlichsten Blauhelmeinsätze. Statt einen Frieden zu bewahren, den es nicht gibt, ist die UN-Mission MINUSMA im Laufe der vergangenen Monate selbst zur [Konfliktpartei](#) geworden.

---

## Krieg und Frieden in der JVA Dieburg

Auf Einladung der Interessenvertretung der Gefangenen der JVA Dieburg habe ich am 22. Juni eine Veranstaltung anlässlich des Jahrestages des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion gemacht. Wir hatten eine spannende zweistündige Debatte über Krieg und Frieden, die Eskalation in der Ukraine und Griechenland. Es hat Spaß gemacht. Ich finde, Abgeordnete sollten durchaus öfter mal die politische Diskussion mit Gefangenen suchen und sich auch deren Nöte und Sorgen im Alltag in der JVA anhören.

---

## Deutschlands Rolle in der Welt: Neue Verantwortung – oder alte Interessen?

Bei der Neuausrichtung der Außen- und Verteidigungspolitik, wie sie sich Steinmeier, von der Leyen und Gauck vorstellen, geht es weniger um 'Neue Verantwortung' als um alte Interessen. Das war meine These auf der Veranstaltung "'Neue Verantwortung' Deutschlands Rolle in der Welt" - im Frankfurter Haus am Dom. Mit mir diskutierten v.l.n.r. Elmar Brok, CDU Europaabgeordneter, Moderator Andreas Schwarzkopf von der Frankfurter Rundschau und Dr. Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Eine spannende Kontroverse.



---

## Kein Werben fürs Sterben!

Am 25. Juni protestierte ich mit der AG Frieden und Internationale Politik der Linken.Hessen, dem SDS und

der SDAJ gegen die Präsenz der Bundeswehr bei der Ausbildungsmesse der IHK in Frankfurt. Mit Schildern und Flugzetteln versuchten wir darauf aufmerksam zu machen, dass die Bundeswehr kein Arbeitgeber wie jeder andere ist. Die Jugendlichen haben sich sehr für unsere Aktion interessiert und wir konnten viele spannende Gespräche führen. Hier ein Bericht <http://www.die-linke-ffm.de/nc/aktuelles/detail/zurueck/aktuelle-20144278/artikel/kein-werben-fuers-sterben-16/>



---

[KK1]  
Terminankündigungen



## Das Problem heißt Rassismus, nicht Islam. Was können wir gegen Rassismus tun?

Diskussionsveranstaltung

**Christine Buchholz (MdB)**  
Sprecherin für Religionspolitik  
und für Verteidigungspolitik  
der Linksfraktion im Bundestag

Dienstag, 7. Juli 2015  
19:00 Uhr  
im Titusforum/ Nordweststadt

DIE LINKE  
Heddernheim, Niederursel,  
Nordweststadt, Dornbusch,  
Eschersheim, Ginnheim

**DIE LINKE.**

### 7.7. Das Problem heißt Rassismus, nicht Islam

Auch wenn die AfD und die Pegida-Bewegung in der Krise sind, die Hetze gegen Flüchtlinge und den Islam verschwindet nicht. Neonazis und Rechtspopulisten nutzen die weit verbreiteten Vorurteile gegen den Islam und den antimuslimischen Rassismus als Anknüpfungspunkt für ihren allgemeinen Rassismus.

Die Morde der NSU waren nur die Spitze des Eisbergs. Flüchtlingsheime und Moscheen werden immer häufiger Ziele von Anschlägen.

Es ist wichtig, dass wir uns dieser Gewaltwelle und Diskriminierung entgegenstellen. Auch Muslime gehören zu Deutschland. Sie haben – wie jeder andere – ein Recht darauf, ihre Religion ohne Angst zu leben.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sie als Sündenböcke missbraucht werden, um von den gesellschaftlichen Problemen in Deutschland abzulenken.

19:00 Uh

Saalbau Titusforum, Walter-Möller-Platz 2, Frankfurt am Main

## 8.7. Das Griechische Referendum – gestern, morgen und heute

Die Kürzungspolitik der Institutionen EZB, IWF und EU-Kommission, vormals Troika, hat große Teile der griechischen Bevölkerung in die Armut gestürzt.

18 EU-Finanzminister haben am Samstag, dem 27. Juni, den Wunsch der Regierung in Athen abgelehnt, das am Dienstag den 30. Juni auslaufende »Hilfspaket« für Griechenland um einen Monat zu verlängern.

Angeblicher Auslöser dieser Eskalation war die Ankündigung von Ministierpräsident Alexis Tsipras, das griechische Volk zum neoliberalen Kürzungsdiktat der Institutionen und der EU zu befragen. Seit der Ankündigung dieses Referendums hat die Hetze gegen die griechische Regierung und die griechischen Bürger von Seiten der etablierten Parteien und Leitmedien wieder zugenommen.

Wir laden euch ein, mit unseren Referenten und uns über die Situation in Griechenland, die Entwicklungen, die zum Referendum geführt haben, sowie dessen Ausgang zu diskutieren.

Diskussionsrunde mit Christine Buchholz und Dr. Thomas Sablowski (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

19:00 Uhr

Uni Campus Westend, PEG 1.G131

Aktuelle Infos zu allen und weiteren Veranstaltungen sind auch auf meiner [Homepage](#) zu finden.

---

## Kontakt

Meine Wahlkreisbüros in Hessen:

Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt  
Natalie Dreibus  
christine.buchholz.wk02@bundestag.de  
Tel.: 069 - 970 979 64  
Fax.: 069- 970 979 65

Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt  
Heidmarie Scheuch-Paschkewitz  
heide.scheuch@yahoo.de  
Tel.: 06691 – 2204630

Taunusstraße 2, 63067 Offenbach  
Lisa Hofmann  
christine.buchholz.wk@bundestag.de  
Tel.: 069 - 85 09 53 27

In Berlin erreicht ihr mich über Katja Kaba:  
christine.buchholz@bundestag.de  
Tel.: 030 - 2277 - 50 62

Meine aktuellen Aktivitäten, Initiativen und Reden findet Ihr auch im Internet unter: [www.christinebuchholz.de](http://www.christinebuchholz.de)  
oder auf Facebook: [facebook.com/buchholz.christine](https://facebook.com/buchholz.christine)

Unter <http://christinebuchholz.de/feed/> könnt ihr ein News-Feed abonnieren, d.h. ihr werdet informiert wenn ein neuer Artikel, eine Rede oder Pressemitteilung erscheint.

Wer in größeren Abständen über meine Aktivitäten informiert werden möchte kann sich auch gerne in meinen Verteiler eintragen. Bitte Mail an [christine.buchholz@bundestag.de](mailto:christine.buchholz@bundestag.de) mit dem Betreff "Verteiler"